



Jobkiller

Bürgerversicherung

Risiken und Nebenwirkungen: Mehr als 120.000 Arbeitsplätze in Gefahr



Dr. Wolfgang Bärtl

Vorsitzender des Bundes-
verbands niedergelassener
Fachärzte

Vorwort

Im September wird gewählt – und wir Ärzte sehen dem Ergebnis mit Sorge entgegen. Denn ein Gespenst geht um in Deutschlands Wahlprogrammen: die Bürgerversicherung. Wenn das von SPD, Grünen und Linke geforderte Einheitssystem kommt, werden in Deutschland viele in die Arbeitslosigkeit gehen. Das beginnt in der Arztpraxis, doch die Bürgerversicherung hat Auswirkungen auf den ganzen Arbeitsmarkt. In dieser Broschüre haben wir das volle Ausmaß des Erwartbaren für Sie zusammengestellt. Rund 120.000 Stellen sind branchenübergreifend in Gefahr.

Doch bleiben wir für einen Moment dort, wo die Bürgerversicherung ja vorgeblich segensreich wirken soll: bei Ihrem Arztbesuch. Rund 90 Prozent der Ärzte gehen von Entlassungen in ihren Praxen aus, das ergab im Juli 2013 unsere Umfrage unter niedergelassenen Fach- und Hausärzten. Knapp die Hälfte davon sehen sogar mehr als eine Stelle in ihrer Praxis in Gefahr. Desweiteren werden über 90 Prozent an wichtigen Investitionen in die Ausstattung ihrer Praxen sparen müssen. Zusammengefasst bedeutet das: Weniger Zeit für die Patienten, veraltete Geräte, höhere Wartezeiten.

Kurz gesagt: Die Bürgerversicherung wird dramatische Folgen für die Patientenversorgung haben. Wir niedergelassenen Ärzte können nur davor warnen, das hohe Niveau des deutschen Gesundheitssystems derart fahrlässig auf Spiel zu setzen. Das ist keine Frage des Parteibuchs, sondern der Vernunft.

Die Bürgerversicherung – eine gute Idee?

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl versprechen SPD, Grüne und Linke eine Revolution für das Gesundheitssystem: die Bürgerversicherung. Sie soll die privaten Krankenversicherungen abschaffen und die heute bestehende gesetzliche Krankenkasse auf alle Bürger ausweiten.

Hinter dem politischen Werbeslogan „Bürgerversicherung“ verbirgt sich ein Sammelsurium verschiedener Ideen und Konzepte, die zwei Dinge gemeinsam haben: Sie sind weder gerecht noch sozial. Denn sicher ist nur, dass die Bürgerversicherung in großem Stil Jobs kosten wird.

**Weder gerecht noch sozial: Mehr als 120.000 Jobs
in akuter Gefahr.**

Durch steigende Lohnnebenkosten ist ein großflächiger Stellenabbau besonders in personalintensiven Branchen zu erwarten. Das Ausmaß ist nicht bezifferbar und kann in die Zehntausende gehen. Die außerdem geplanten Änderungen bei der Ärztevergütung können für das Gesundheitswesen leicht über 50.000 verlorene Jobs in den Arztpraxen bedeuten und damit das doppelte bis dreifache Ausmaß einer Schlecker-Pleite erreichen. Zusätzlich spricht eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung von bis zu 67.000 Vollzeitstellen, die allein in der Versicherungswirtschaft mit Einführung der Bürgerversicherung in Deutschland verloren gehen könnten. Zusammen genommen sind also über 120.000 Jobs in akuter Gefahr.

Was bringt die Bürgerversicherung?

Drei politische Parteien versprechen für den Fall ihres Wahlsieges bei der kommenden Bundestagswahl eine Bürgerversicherung. Was spricht eigentlich dafür?

Alle Parteien, die mit Bürgerversicherungskonzepten werben, sprechen von einem Ende der „Zweiklassenmedizin“, das mit ihrem jeweiligen Konzept möglich werde. Jeder soll die gleiche medizinische Grundversorgung erhalten. Wem diese nicht genügt und wer es sich leisten kann, der soll über private Zusatzversicherungen vorsorgen. Die erste Frage der Sprechstundenhilfe würde also in Zukunft lauten: Haben Sie eine Zusatzversicherung?

„Die Bürgerversicherung ist [...] ein Turbolader für die Zweiklassenmedizin. In einem Land mit freier Marktwirtschaft wird es immer bessere [...] medizinische Angebote geben. Die können sich dann aber wirklich nur noch die Reichen leisten.“

Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer

Die Bürgerversicherung würde damit die Ungleichbehandlung in der medizinischen Versorgung also verstärken, anstatt sie abzumildern. Dies bestätigt auch die Kritik aus der Ärzteschaft. Im Mai dieses Jahres bezeichnet der Präsident der Bundesärztekammer Ulrich Montgomery im Interview mit der ZEIT die Bürgerversicherung als „Turbolader für die Zweiklassenmedizin“.

„Eine Bürgerversicherung stellt [...] keine nachhaltige Antwort auf den demografischen Wandel dar.“

Prof. Dr. Günter Neubauer, IfG München

Ein weiteres Argument der Befürworter lautet: Die Finanzierung der Krankenversorgung soll durch die Bürgerversicherung trotz des demografischen Wandels zukunftssicher werden. Die SPD will dies vor allem mit steigenden Steuerzuschüssen erreichen.

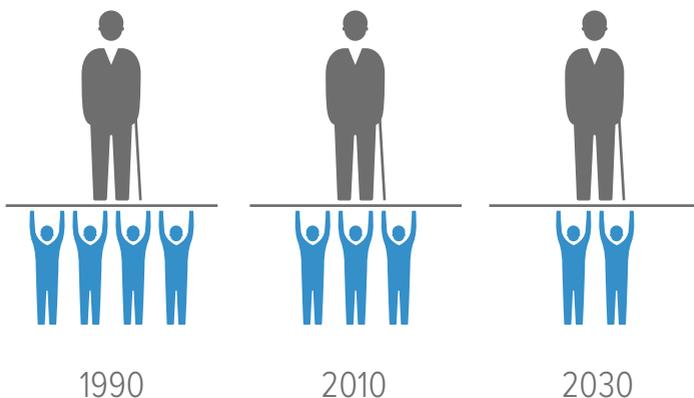
Nach Einschätzung der Wissenschaft erreicht von den vorgeschlagenen Lösungen allerdings keine ihr Ziel. So stellt Prof. Neubauer vom Münchener Institut für Gesundheitsökonomik (IfG) fest: „Eine Bürgerversicherung stellt

[...] keine nachhaltige Antwort auf den demografischen Wandel dar.“

Gründe: Die Finanzierung der Bürgerversicherung ist weiterhin abhängig von der Zahl der Beitragszahler. Die Zahl der Beitragszahler sinkt und die der Rentner steigt. Schon bald werden zwei Beitragszahler einen Rentner wirtschaftlich zu tragen haben.

So viele Erwerbstätige „tragen“ einen Renter

Demografische Veränderung in Deutschland von 1990 – 2030



Warum als Antwort auf den demografischen Wandel ausgerechnet das von den privaten Krankenversicherungen seit Jahrzehnten erfolgreich genutzte, generationengerechte Kapitaldeckungsverfahren keinen Eingang in die Finanzierungskonzepte der Bürgerversicherung gefunden hat, bleibt unklar.

Unser Gesundheitssystem ist weltspitze: Das Versorgungsniveau ist hoch, die Wartezeiten kurz und jeder profitiert schnell vom medizinischen Fortschritt. Die Bürgerversicherung stellt all das in Frage und bedroht gleichzeitig mehr als 120.000 Jobs. Gerech und sozial ist das nicht.



50.000 Jobs

Für unsere Gesundheit arbeiten tausende medizinische Fachangestellte mehr als eine Milliarde Stunden pro Jahr. Merkt sicher keiner, wenn in den Arztpraxen 50.000 Jobs dank Bürgerversicherung wegfallen. Willkommen in der Do-it-Yourself-Praxis!

Die Bürgerversicherung: Kahlschlag in deutschen Arztpraxen

Es ist ein offenes Geheimnis: Ohne die privaten Krankenversicherungen wären viele Arztpraxen in Deutschland schlichtweg nicht mehr finanzierbar. Warum das so ist, zeigt eine einfache Rechnung.

Rund 11 Prozent der Deutschen sind Privatpatienten. Aufgrund der geltenden Vergütungsregeln sind diese 11 Prozent für rund 25 Prozent der Umsätze verantwortlich, die in deutschen Arztpraxen erzielt werden. Rechnet man davon die Kosten ab, die eine gesetzliche Kasse für eben diese Patienten gezahlt hätte, kommt man auf einen Betrag von rund 5,5 Milliarden Euro im Jahr, allein für die ambulant niedergelassenen Ärzte. Dies sind die Umsätze, die von den Praxen mithilfe der Privatpatienten zusätzlich erwirtschaftet werden. Auf alle Arztpraxen in Deutschland verteilt, entspricht dies über 43.000 Euro pro Jahr und Praxis, ermittelte jüngst eine Studie des Verbandes der Privatärztlichen Verrechnungsstellen (PVS Verband) im März 2013.

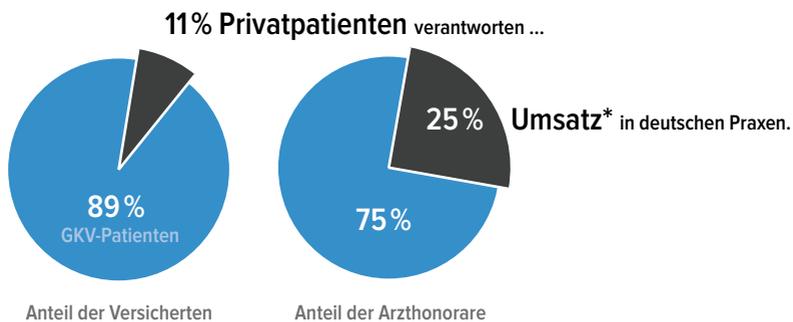
„Es gibt eine irrige Erwartung, dass mit einer Bürgerversicherung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft vorgebeugt wird. Das Gegenteil ist der Fall. Die Wartezeiten für die Einheitsversicherungs-Patienten werden massiv steigen, die Versorgung wird platt gemacht. Das ist für alle schlecht. Wir dürfen ein funktionierendes System nicht auf dem Altar einer vorgestrigen Ideologie opfern.“

Dr. Wolfgang Bärtl, Vorsitzender des Bayerischen Facharztverbandes

Mit Einführung einer Bürgerversicherung fallen diese Umsätze weg. Neueste Zahlen des Statistischen Bundesamtes lassen sogar noch weit höhere Ausfälle vermuten. Welche Leistungen und Bereiche in den Arztpraxen davon betroffen sein werden, ist natürlich individuell verschieden. Sicher ist, dass es Jobs kosten wird.

Praxisinhaber wenden rund ein Viertel ihrer Einnahmen für Personal auf. Davon ausgehend kann man vermuten, dass auch wenigstens ein Viertel der entstehenden Umsatzeinbußen durch den Abbau oder die Reduzierung vorhandener Teil- und Vollzeitstellen aufgefangen werden muss. In Summe gingen so etwa 50.000 Vollzeitstellen oder eine entsprechend größere Anzahl von Teilzeitstellen verloren. Tatsächlich dürften es sogar noch mehr werden, denn andere Kostenpositionen – etwa Raummieten oder Gerätekosten – lassen sich oft nicht flexibel abbauen.

Anteil und Beitrag der Privatpatienten in der ambulanten medizinischen Versorgung



* Tendenz steigend, neuste Erhebungen nennen 28 %

Die Bürgerversicherung hätte „Auswirkungen auf die [...] betriebswirtschaftliche Führung einer ärztlichen Praxis. Vor allem aber stände – zum Nachteil aller – die im internationalen Vergleich führende medizinische Infrastruktur auf dem Spiel.“

Dr. Hans-Joachim Kaiser, Autor der PVS-Studie zur Bürgerversicherung

Die Ärzte sind also vor eine unschöne Wahl gestellt: Personalabbau oder Verzicht auf Investitionen in moderne Geräte und neue Behandlungsmethoden. Und in den meisten Fällen werden sie an beiden Enden sparen müssen. Sicher ist außerdem, dass alle Einsparungen, gleich welcher Art, sich auf die Qualität der medizinischen Versorgung auswirken werden.

Folgen für die Arztpraxis

Fehlende **Mehrumsätze** durch Privatpatienten

5,5 Mrd. €



43.000 €

die jeder niedergelassene Arzt
weniger in seine Praxis investieren kann

Für das Geld könnte er z.B. zwei
Sprechstundenhilfen einstellen.



Und zwar mit weitreichenden Folgen: Gerade in strukturschwachen Regionen, die ohnehin oft unterversorgt sind, werden Praxen unrentabel. Manche von ihnen wird schließen müssen. Anderswo muss gespart werden. Hochwertige Praxisgeräte auf Stand zu halten oder gar neue anzuschaffen, wird nur noch wenigen Praxen möglich sein. Anders gesagt: Der Weg aus der medizinischen Forschung in die heimatische Praxis wird länger. Für die meisten Patienten bedeutet all dies, dass sie nicht mehr in der bestehenden Form am medizinischen Fortschritt teilhaben werden. Neue Methoden werden zum Luxusgut.

„Damit wäre die Zwei-Klassen-Versorgung erreicht, vor der die Anhänger der Bürgerversicherung so eindringlich warnen.“

Andreas Mihm, FAZ vom 17.8.2013

Weniger Personal und damit weniger Zeit für die Patienten, veraltete Geräte und ein drohendes Praxissterben nicht nur im ländlichen Raum sind die erwartbaren Folgen der Bürgerversicherung. Sie betreffen beinahe jeden von uns. Das ist die Gleichbehandlung, die uns die Bürgerversicherung tatsächlich verspricht.



8.000.000.000 €

Bis zu acht Milliarden Euro beträgt die jährliche Zusatzbelastung für die deutsche Wirtschaft durch die Bürgerversicherung. Davon könnte man jedes Jahr ein Stuttgart 21 und eine Elbphilharmonie errichten. Oder besser: 228.000 Durchschnittsverdienern einen Job geben.

Die Bürgerversicherung: Sondersteuer auf Arbeitsplätze

Die Bürgerversicherung kostet Jobs – überall in Deutschland, in allen Branchen und Gehaltsklassen. Grund dafür sind steigende Lohnnebenkosten, die speziell alle qualifizierten Arbeitsplätze zusätzlich belasten. Unverständlich: Jahrzehntlang war es ein Ziel deutscher Sozialreformen, die Lohnnebenkosten möglichst stabil zu halten, um den Faktor Arbeit zu entlasten und die Sozialsysteme zukunftsfähig zu gestalten. Dieses Prinzip wird mit der Bürgerversicherung nicht nur aufgegeben, es wird vollständig ins Gegenteil verkehrt.

Sowohl SPD als auch die Grünen sehen vor, die Lohnnebenkosten im Bereich oberhalb des Durchschnitts anzuheben – und im unteren Gehaltssektor kaum spürbar zu senken. Auf diese Weise sollen die Mehrbelastungen innerhalb eines Unternehmens ausgeglichen werden. Das klingt natürlich gut, basiert aber auf der Vorstellung, man könne die Beschäftigten und ihre Arbeitsplätze beliebig gegeneinander aufrechnen. In der Wirklichkeit stellt sich für Unternehmen selten die Frage, ob eine Ingenieurin oder lieber zwei Aushilfen beschäftigt werden sollen. Das heißt konkret: Je nach Branche und dort vorherrschender Gehaltsstruktur werden Unternehmen geradezu beliebig be- oder entlastet. In den meisten Fällen läuft es allerdings in Summe auf eine Belastung hinaus. Die SPD selbst rechnet mit fünf Milliarden Euro jährlich – andere sprechen gar von acht Milliarden Euro Mehrbelastung für deutsche Unternehmen. Dabei steigt die Mehrbelastung mit dem Innovationsgrad der Branche. Besonders betroffen sind also gerade diejenigen Unternehmen, die Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft garantieren sollen.

Ein Produktionsstandort der Automobilbranche



„Die Lohnzusatzkosten im Bereich der Krankenversicherung steigen um 25,3 Prozent (SPD) beziehungsweise 18,4 Prozent (Grüne). Das entspricht [...] einer jährlichen Zusatzbelastung von knapp sechs Millionen Euro. [...] In der Produktionsstätte wären 100 durchschnittliche Arbeitsplätze bedroht.“
Hochgerechnet „ständen rund 10.400 Arbeitsplätze allein in der Automobilindustrie zur Diskussion.“

Beispielrechnungen der vbw Bayern unter www.buergerversicherungsrechner.de

Mehrbelastungen sind dabei ausschließlich auf Seiten der Arbeitgeberbeiträge geplant. Auch dies klingt sozialverträglich. Denn Nettogehälter bleiben unangetastet oder steigen gar – solange der Job noch besteht. Klar ist allerdings auch, dass dadurch die Kosten für jede betroffene Vollzeitstelle steigen. Es wird also nicht der Arbeitgeber belastet, sondern die Arbeit selbst. Damit wirkt der gestiegene Arbeitgeberbeitrag wie eine Hypothek: als Lohnbremse für zukünftige Gehaltsverhandlungen, Tarifrunden und geplante Neueinstellungen. Im schlimmsten Falle gehen Jobs verloren, weil die Arbeitskosten mit der Zusatzbelastung durch die Bürgerversicherung nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Dazu kommen noch die „milliardenschweren Belastungen [...], die die SPD in ihrem Konzept für eine Bürgerversicherung in der Krankenversicherung für die Arbeitgeber vorsieht. Ich setze auf Herrn Steinbrück, dass er seine Partei vor solchen Irrwegen bewahrt!“

Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt, 16.10.2012

Die Folgen dieser Politik sind im wahrsten Sinne des Wortes unkalkulierbar. Sicher ist nur die Richtung, in die sie wirkt: Das Wirtschaftswachstum wird belastet. Anders gesagt: Im Hochlohnland Deutschland hängt sich die Bürgerversicherung wie zusätzlicher Ballast an jede einzelne Arbeitsstelle. Und dies ohne erkennbaren Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger, die sie versichern soll.

Bürgerversicherung macht Arbeit teuer

Steigende Lohnzusatzkosten nach Berufen: Bürgerversicherung von SPD und Grünen im Vergleich zu heute.



A woman with short dark hair, wearing a dark blazer over a light-colored sweater and dark trousers, stands against a solid red background. She is holding a folder in her left hand and a pair of glasses in her right hand. The text '67.000 Jobs' is overlaid in white on the right side of her torso.

67.000 Jobs

Mit der Einführung der Bürgerversicherung sind 67.000 Jobs in der Versicherungswirtschaft bedroht, die Hälfte davon in NRW. Damit wären etwa alle Erwerbstätigen der Stadt Recklinghausen arbeitslos.

Die Bürgerversicherung: Berufsverbot für einen gesunden Wirtschaftszweig

In der Bürgerversicherung soll ausnahmslos jeder Bundesbürger pflichtversichert sein. Damit wird das Geschäftsmodell der privaten Krankenvollversicherungen in Deutschland gesetzlich ausgehebelt. Im Prinzip: Ein Berufsverbot für eine ganze Branche.

Das Ergebnis kann nicht verwundern. Einer von ver.di beauftragten aktuellen Studie der Hans-Böckler-Stiftung zufolge wird die Bürgerversicherung allein in der deutschen Versicherungswirtschaft den sofortigen Wegfall von etwa 35.000 Arbeitsplätzen nach sich ziehen. Mittelfristig sieht die Studie sogar 67.000 Arbeitsplätze in der Versicherungswirtschaft als bedroht an, zusätzlich sei die Erwerbsgrundlage für Tausende selbständiger Versicherungsvermittler infrage gestellt.

Der Abbau von Arbeitsplätzen in den Konzepten zur Bürgerversicherung vollständig ausgeklammert. Dabei weist die Studie der Hans-Böckler-Stiftung explizit darauf hin, dass eine Ausweitung des Geschäfts der Zusatzversicherungen nicht ausreichen wird, um den drohenden Stellenabbau in der PKV entgegenzuwirken. Im Gegenteil, das Geschäftsfeld der Zusatzversicherungen ist politisch nicht gewollt.

Ein Einstieg der PKV die Bürgerversicherung nach dem Vorbild der GKV erscheint daher nicht erfolversprechend. Er käme faktisch einem „Kaltstart“ in einem fremden und bereits vollbesetzten Markt gleich.

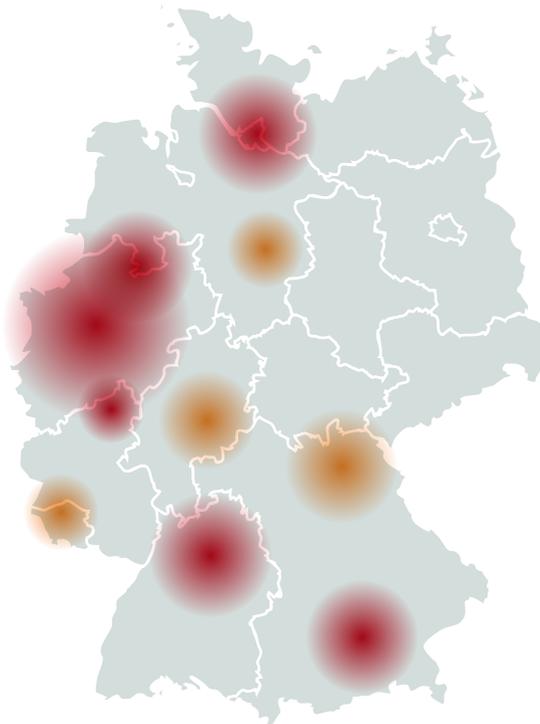
„Die Forderung nach Einführung der Bürgerversicherung [...] und das Anliegen, die Arbeitsplätze in der PKV zu erhalten, ist und bleibt widersprüchlich.“

Dr. Robert Paquet, Autor der Hans-Böckler-Studie zur Bürgerversicherung

Die Bürgerversicherung wird einen massiven Stellenabbau in der Versicherungswirtschaft zur Folge haben. Am stärksten betrifft dies Nordrhein-Westfalen, den größten Versicherungsstandort in Deutschland. Laut einer aktuellen Prognos-Studie hängen rund 200.000 Arbeitsplätze allein in NRW von der Versicherungswirtschaft ab. Der Marktanteil der privaten Krankenkversicherer mit Sitz in NRW beträgt etwa 46 Prozent. Auch nach optimistischer Lesart sind in NRW mit Einführung der Bürgerversicherung mindestens 30.000 Arbeitsplätze bedroht. Dies entspricht rund dem Zehnfachen der Opel-Belegschaft in Bochum.

Gefährdete Regionen

Die regionalen Schwerpunkte der privaten Krankenversicherungen (2012) in Deutschland. Bis zu 67.000 Stellen sind hier bedroht.



Die Bürgerversicherung: Befreiungsschlag oder die nächste politische Großbaustelle?

Die in Deutschland entstandene Vielfalt der Wirtschaft, der Kultur- und Bildungslandschaft hat sich schon oft als Stärke im internationalen Vergleich herausgestellt. Man denke an das duale Ausbildungssystem oder die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat der erfolgreichen deutschen Wirtschaft bilden.

Die Bürgerversicherung ist ein Feldversuch mit ungewissem Ausgang. Alle sollen mitmachen. Ein Zurück gibt es nicht.

Dennoch zeigt sich gerade in Deutschland häufig ein Verlangen nach unkalkulierbaren politischen Großtaten. Im föderalen Zuständigkeitsdickicht sehnt sich eben mancher nach der Heckenschere, um mit klaren Schnitten für Ordnung zu sorgen. Die Rechnung wird später präsentiert.

Die Bürgerversicherung ist ein politischer Kampfbegriff, der viel verspricht, aber keine Lösungen auf drängende Fragen der Gesundheitspolitik bietet. Hinzu kommt: Selbst ihre Befürworter geben offen zu, über Fragen der Umsetzung bisher wenig oder gar nicht nachgedacht zu haben. Die Bürgerversicherung ist ein flächendeckender Feldversuch mit ungewissem Ausgang. Alle sollen mitmachen. Ein Zurück gibt es nicht.

Sicher ist nur: Die Bürgerversicherung wird aller Voraussicht nach die Personaldecke im Gesundheitswesen abschmelzen, die Behandlungsqualität tendenziell senken, über 120.000 Jobs kosten und das Wachstum der deutschen Wirtschaft insgesamt unkalkulierbar belasten.

Was steht auf dem Spiel?

Jobkiller im Vergleich



Das deutsche Gesundheitssystem zählt zu den leistungsfähigsten weltweit. Wartezeiten bei der Terminvergabe und der Zugang zu modernen Behandlungsmethoden sind nach OECD-Studien im europäischen Vergleich mehr als konkurrenzfähig. Gleichwohl stehen wichtige politische Entscheidungen an, dieses System angesichts der demografischen Entwicklung zu stützen und weiter zu entwickeln. Es ist aber völlig unverständlich und wird von weiten Teilen der Gesundheitswirtschaft abgelehnt, dieses System zugunsten einer ideologischen Planungsskizze aufzukündigen.

Gerade im Wahljahr: Es ist an der Zeit für eine konstruktive Gesundheitspolitik.

Paquet, Robert: Auswirkungen der Bürgerversicherung auf die Beschäftigung in der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung. Arbeit und Soziales. Arbeitspapier 284. Hans-Böckler-Stiftung. Juni 2013.

Die Bösen sind also wir. Bundesärztekammer-Präsident Frank Ulrich Montgomery über unnötige Operationen, Chefarzt-Boni und den Sinn von Privatversicherungen. In: DIE ZEIT, 23.5.2013 Nr. 22.

Institut für Gesundheitsökonomik (IfG) in München: Die Bürgerversicherung – Mythos und Wahrheit. Hrsg. durch vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. April 2013.

Kaiser, Dr. Hans-Joachim: Die Bedrohung der medizinischen Infrastruktur durch die Bürgerversicherung. Verband der Privatärztlichen Verrechnungsstellen e.V. (PVS Verband). März 2013.

Finkenstädt, Verena, und Dr. Frank Niehaus: Rationierung und Versorgungsunterschiede in Gesundheitssystemen. Ein internationaler Überblick. Hrsg.: Wissenschaftliches Institut der PKV. März 2013.

Prognos AG: Bedeutung der Versicherungswirtschaft für Nordrhein-Westfalen. Juli 2012.

www.Buergerversicherungsrechner.de

Impressum:

Bundesverband niedergelassener Fachärzte e.V.

Dr. Wolfgang Bärtl (V.i.S.d.P.)

Geschäftsstelle:

Regensburger Straße 109

92318 Neumarkt

T 09181 50901100

F 09181 50901150

info@bvnf.de

www.bvnf.de



www.bvnf.de